

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXIX/B7

8. Mai 1974

Das Echo der Welt

Auslandstimmen zum Rücktritt Willy Brandts

Seite 1 und 2 / 61 Zeilen

Der zweite SPD-Kanzler der Bundesrepublik

Helmut Schmidt steht vor einer schweren und
großen Aufgabe

Seite 3 und 4 / 58 Zeilen

Die Opposition zerredet unsere Sicherheit

Feststellungen zu einer bedenklichen Entwicklung

Von Alfons Pawelczyk MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 5 / 42 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 0181 317 - 58

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Das Echo der Welt

Auslandstimmen zum Rücktritt Willy Brandts

Die Bundesrepublik war schon zwei Jahrzehnte alt und zählte dank ihrer ökonomischen Potenz längst zu den bedeutenden Staaten, als Willy Brandt das Amt des Kanzlers übernahm; ihre Reputation als guter, wirklich demokratischer Nachbar hat diese zweite Republik indessen erst durch ihn erhalten. Das Echo in der Weltöffentlichkeit auf seinen Rücktritt, dieses "große Beispiel der Würde" (François Mitterand), läßt erst in vollem Umfang erkennen, welche Verdienste er sich um unseren Staat erworben hat. Im Inland wird nach und nach bewußt werden, daß er es war, der die Integration des jungen, kritischen, politischen Deutschland in diesen Staat, sozusagen die Anerkennung der Bundesrepublik durch sich selbst, bewerkstelligt hat; im Ausland ist er bereits zur Personifizierung eines besseren Deutschland geworden, das durch Assoziationen mit sozial, liberal, demokratisch und weltoffen mehr und mehr tradierte, Mißtrauen und Unbehagen auslösende Vorstellungen verdrängt.

Brandts eindeutige und aktive Gegnerschaft zum Nationalsozialismus, "Teilnehmer der antifaschistischen Koalition im Zweiten Weltkrieg" (Polens Partei-Zentralorgan "Trybuna Ludu"), qualifizierte ihn zum Typus eines neuen deutschen Nachkriegs-Staatsmanns. Er, der wie kaum ein Kanzler Ansehen in der Welt besaß, ohne gefürchtet zu werden (Österreichs Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky), konnte zum "Architekten der Friedenspolitik in Europa" (Hollands Ministerpräsident den Uyl) werden, dem man vorbehaltlos die Pionierleistung der Aussöhnung mit dem Osten und die großen Impulse für die Einigung Westeuropas, die "zutiefst europäischen Überzeugungen" (Frankreichs Außenminister Jobert) und die größte Popularität unter Europas Politikern (BBC London) bescheinigt.

Willy Brandt hat der Bundesrepublik "mit seiner nun unsterblichen Ostpolitik", die "Westdeutschland mit den Hauptopfern der Nazi-Ära in Ost-

europa veredante" (Londoner "Times"), eine neue Dimension eröffnet. Hier ging es nicht nur um die überfällige außenpolitische Bereinigung, sondern um die Bewältigung der eigenen Geschichte, ohne die jeder Staat fundamental ist. Von besonderer Tragik ist es, daß Willy Brandts Rücktritt als Regierungschef von dem "stalinistischen Eifer" (Schwedens Ministerpräsident Palme) des anderen deutschen Staates ausgelöst wurde, dem die Friedenspolitik dieses Kanzlers wie nie zuvor die Chance zur Bewährung als souveräner, respektabler Staat eingeräumt hat. Ob man in Ostberlin viel Freude - heute und später - an der Gewitztheit seines "Kundschafters" haben wird, sei freilich dahingestellt.

Aber noch mit seinem Abgang von der regierungsamtlichen Szene hat Willy Brandt eine Lektion an demokratischem Verantwortungsbewußtsein erteilt und Maßstäbe gesetzt, denen die Welt Respekt zollt: "Nicht jeder Staatsmann, der, in jüngster Zeit von seinen Mitarbeitern in peinliche Situationen gebracht, das große Wort 'ich übernehme die Verantwortung' pathetisch ausgesprochen hat, ist bereit gewesen, daraus auch die Folgerungen zu ziehen", betont der Chefredakteur der "Neuen Zürcher Zeitung". Der norwegische Ministerpräsident Bratteli attestiert dem vierten deutschen Bundeskanzler ein "dauerhaftes Lebenswerk".

Willy Brandt selbst hat immer nur auf einen bescheidenen Eintrag im historischen Hauptbuch Anspruch erhoben. Nach seinen Erwartungen aus seiner politischen Tätigkeit befragt, antwortete er vor einiger Zeit: "Ich wäre glücklich, wenn man fände, daß ich für einige das Leben etwas leichter und mein Land zu einem guten Nachbar gemacht hätte." Diese Leistung und so manches darüber hinaus zuwege gebracht zu haben, das gibt die Weltöffentlichkeit ihm, der ja - wie man sehen wird - noch keineswegs sein politisches Leben beschlossen hat, bereits heute schriftlich.

(pr/8.5.1974/ks/pr)

+ + +

Der zweite SPD-Kanzler der Bundesrepublik

Helmut Schmidt steht vor einer schweren und großen Aufgabe

Der zweiten sozialdemokratischen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland nimmt eine schwere Last auf sich, auch wenn er auf dem festen und sicheren Grund stehen und weiterbauen kann, den ihm sein Vorgänger Willy Brandt hinterlassen hat. Helmut Schmidt weiß, welches große Maß an Arbeit und welche Fülle von Leistungen von ihm erwartet werden, da es gilt, den Weg, den die sozialliberale Regierung unter Brandt zu beschreiten begonnen und bereits ein gutes Stück hinter sich gebracht hat, in nahtloser Kontinuität weiterzugehen, um zu einem ebenso erfolgreichen Abschluß zu kommen. Nur ist, was mit Helmut Schmidt wir alle wissen, das innenpolitische Klima rauher geworden. Seitdem sich die Opposition entschlossen hat, den Kampf um die Wiedergewinnung der Macht in Bonn mit allen zulässigen und oft leider auch unzulässigen Mittel zu führen, erschwert die von der CDU und der CSU erzwungene und rücksichtslos betriebene Polarisierung der Kräfte die Regierungs- und Parlamentsarbeit in einem Maße, das nicht nur die Nerven in bedrohlichen Formen verschleißt.

Allen den guten und herzlichen Wünschen, die die Sozialdemokraten dem zweiten SPD-Kanzler der Bundesrepublik ins neue Amt mitgeben, fügen sie daher auch die Versicherung hinzu, daß er ihrer Entschlossenheit gewiß sein kann, ihn in seiner schweren und großen Aufgabe zu stützen und zu fördern. Obwohl es sicher unnötig sein wird, ein neues Sachprogramm für die Weiterführung der sozialliberalen Koalition zu vereinbaren, weil das Programm der Kanzlerschaft Willy Brandts unverändert gilt und zu verwirklichen ist, so ist doch vorauszusehen, daß es zur Realisierung der noch unerledigten "dicken Bröcken" dieses Programms

breiter und ständiger Anstrengungen bedürfen wird. Helmut Schmidt hat in einem Fernsehinterview, das ihn zum erstenmal mit der neuen Pflicht als Kanzler konfrontierte, bereits nachdrücklich genug auf alle diese Schwierigkeiten hingewiesen, die allein im sachlichen Bereich zu überwinden sein werden und die verlangen, daß der Mann auf der Kommando- brücke zu jeder Stunde weiß, daß er sich auf die Partei und ihre Standfestigkeit verlassen kann.

Helmut Schmidt kann den Weg ins Kanzleramt mit der Gewißheit gehen, daß er die Partei unter der Führung von Willy Brandt und die Fraktion unter der Führung von Herbert Wehner voll und ganz hinter sich hat. Das kann ihn nach vorn sehen lassen, wenn er, auf den sich die Augen von nahezu einer Million Parteimitgliedern und von vielen Millionen Anhängern und Wählern vertrauens- und erwartungsvoll ebenso richten wie die kritische und sicher auch mäkkelnde Aufmerksamkeit der anderen, Gegner und Feinde, jetzt die Führung der Regierung übernimmt.

Die gleiche Aufmerksamkeit kommt aber auch aus Europa und der übrigen Welt auf Helmut Schmidt zu. Hier werden ihm, wie vor ihm Willy Brandt, die guten und zumeist auch auf persönlichen Beziehungen beruhenden Kontakte zu den Hauptstädten der Partner- und der anderen Staaten helfen, wenn er im Sinne und nach dem Vorbild seines Vorgängers daran geht, die Position der Bundesrepublik zu sichern und zu stärken, um damit dem Frieden und der Verständigung zu dienen. (ee/8.5.1974/bgy/ee)

+ + +

Die Opposition zerredet unsere Sicherheit

Feetstellungen zu einer bedenklichen Entwicklung

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Zerredet die Opposition unsere Sicherheit? Ich will diese Frage zunächst nur durch ein Beispiel belegen. In der Bundestagsdebatte über das "Weißbuch 1973/74" versuchte der CDU-Sprecher Dr. Manfred Wörner den Eindruck zu erwecken, daß die NATO unter der SPD/FDP-Regierung eine überaus ungünstige Entwicklung genommen hätte. Damit wird absichtlich und wider besseres Wissen ihr Verteidigungswert in aller Öffentlichkeit herabgesetzt und die Bevölkerung, aber auch die Bundeswehr, verunsichert. Die CDU/CSU weiß doch, daß 15 Mitglieder eines Bündnisses mit unterschiedlichen nationalen Interessen sich leider immer nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können.

Auch CDU-Bundeskanzler konnten schwierige Entwicklungsphasen in der NATO nicht verhindern. Allein aus den Jahren 1966 bis 1969 sind folgende ungünstige Entwicklungen bekannt:

1/ Frankreich zog 1966 seine Truppen aus der NATO-Organisation heraus.
2/ Die USA verlegten 30.000 Mann von Europa nach Vietnam, darunter mehr als 15.000 Spezialisten der 7. US-Armee. 3/ Bis zum 31. März 1967 mußten die US-Truppen Frankreich verlassen haben; im Zuge dieser Maßnahmen reduzierten sie ihre Truppen in Europa noch einmal um 15.000 Mann. 4/ Bei Einführung des "Rotationssystems" wurden bis August 1968 zwei Brigaden der 24. US-Division mit Versorgungsteilen und Jabo-Staffeln in die USA zurückverlegt. 5/ Belgien reduzierte 1967/68 um zwei Brigaden. 6/ Im April 1966 entschloß sich Kanada, seine Truppen in Europa um 50 vH. zu verringern. 7/ Der damalige Finanzminister Strauß kürzte den Verteidigungsetat 1968 um 2,4 Milliarden DM (die Verteidigungsausgaben betragen 1967 20 Milliarden = 26,3 vH. des Gesamtetats, 1968 17,6 Milliarden = 23,3 vH. des Gesamtetats).

Bundeskanzler Willy Brandt konnte in seiner Amtszeit derart gefährliche Entwicklungen in den letzten Jahren verhindern.

Seit Bestehen der NATO wird unter den Partnern um die effektivste Sicherheitsstrategie gerungen. Der heutige US-Außenminister Dr. Henry Kissinger leitete im März 1963 (!) einen Aufsatz in der Zeitschrift "Die Reporter" folgendermaßen ein: "Das Atlantische Bündnis macht wieder einmal eine jener Phasen der kritischen Überprüfung durch, die sie einander während der letzten zwei Jahre in immer kürzeren Zeitabständen ausgelöst haben. Wieder einmal werden umfangreiche Überlegungen angestellt über die Bedeutung der nuklearen im Verhältnis zu den konventionellen Arten des nuklearen Krieges und über das Verhältnis der verschiedenen nationalen nuklearen Streitmächte untereinander".

Wenn es die Opposition nicht unterläßt, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der NATO durch gewollt dramatische Effekte zu zerreden, dann sollten wir aufhören, uns um Gemeinsamkeiten in den Grundlinien der Sicherheitspolitik zu bemühen.

(-/8.5.1974/ks/pr)

+ + +
Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller